

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
16. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
16/3753

A19, A01

SOZIALVERBAND

VdK

NORDRHEIN-WESTFALEN



Zukunft sozial gestalten

Öffentliche Anhörung

des Integrationsausschusses und des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landtags NRW

Thema: Integrationsanträge

**Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Drucksache
16/11229,**

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 16/11318 (Neudruck),

Antrag der Fraktion CDU, Drucksache 16/11225,

Entschließungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 16/11299 (Neudruck),

Antrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 16/11218,

Antrag der PIRATEN; Drucksache 16/9588 (Neudruck)

am 27. April 2016

Düsseldorf, 20.04.2016

Sozialverband VdK Nordrhein-Westfalen e.V.

Fürstenwall 132

40217 Düsseldorf

Telefon: 0211 38412 – 41

Telefax: 0211 38412 – 66

Kontakt: sozialpolitik.nrw@vdk.de

Stellungnahme des Sozialverbands VdK Nordrhein-Westfalen e.V. (VdK NRW)

Der VdK NRW begrüßt den Antrag für eine gelingende Integration von Flüchtlingen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und unterstützt die Idee, einen Integrationsplan für NRW ins Leben zu rufen. Auch die Anträge der Fraktionen CDU, FDP und PIRATEN, die gemeinsam mit dem Integrationsplan beraten werden, weisen aus unserer Sicht auf wichtige Punkte hin. **Eine gelingende und umfassende Integration sollte in unserem Bundesland über alle Parteigrenzen hinweg oberste Priorität haben und kann nur gemeinsam von allen politisch Verantwortlichen erfolgreich umgesetzt werden.**

Allein der Verwaltungs- und Organisationsaufwand für die Registrierung, Unterbringung und Versorgung der mehr als 200.000 Flüchtlinge in NRW hat das Bundesland Nordrhein-Westfalen, aber insbesondere die Kreise, Städte, Gemeinden und auch die vielen tausenden ehrenamtlichen Helfer vor große Herausforderungen gestellt. Zusätzlich galt und gilt es, allen Flüchtlingen vorurteilsfrei und mit Menschlichkeit zu begegnen - auch denen, die keine Bleibeperspektive haben. Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist es nun, den Flüchtlingen, die bei uns bleiben werden, eine Zukunftsperspektive und die Chance auf ein gleichberechtigtes Leben in unserer Gesellschaft zu ermöglichen. **Der aus unserer Sicht größte Balanceakt ist es hier, Flüchtlinge und andere Bevölkerungsgruppen nicht gegeneinander auszuspielen.** Das gilt vor allem auch im Hinblick auf den in den Großstädten ohnehin schon angespannten Wohnungsmarkt sowie den Bildungsbereich und die Arbeitsmarktintegration.

Als Sozialverband sind wir dicht an den Menschen, die sich von der Gesellschaft vernachlässigt und benachteiligt fühlen. Zum größten Teil erfahren wir, dass eben diese Menschen Mitgefühl für die Flüchtlinge aus Krisen- und Kriegsgebieten haben und sich selber stark in der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit engagieren. Wir bekommen aber auch mit, dass gerade in sozial schwächeren Gruppen einzelne Stimmen aus Angst vor einer weiteren Verschlechterung der eigenen Situation skeptisch auf die hohe Zahl der Flüchtlinge in unserem Land reagieren. Diesen Stimmen muss mit Aufklärung, politischer Bildung und Transparenz begegnet werden, um Fremdenfeindlichkeit im Keim zu ersticken und den Aufstieg fremdenfeindlicher und rassistischer Strömungen entgegenzuwirken. In unserer täglichen Arbeit erfahren wir, dass auch viele ältere Menschen - gerade im ländlichen Bereich - Vorurteile und Ängste gegenüber Flüchtlingen haben. "Klischees und Gerüchte" verbreiten sich schnell und halten sich hartnäckig. **Persönliche Kontakte bzw. direkte Kommunikation finden eher selten statt, daher sollten "Räume der Begegnungen" vor Ort geschaffen werden.** Ideale Orte sind hier z. B. die Volkshochschulen.

Die öffentliche Hand muss daher deutlich zeigen, dass soziale Sicherung, Unterstützung und Daseinsvorsorge nicht zwischen Flüchtlingen und bereits in Deutschland lebenden sozial schwächeren Gruppen geteilt wird. **Die Politik muss klar aussprechen und durch ihr Handeln zeigen, dass die Integration der Flüchtlinge eine zusätzlich zu finanzierende Aufgabe ist.** Nur auf diese Weise kann Integration gelingen, das "Die-gegen-Us-Denken" aufgelöst und einer friedlichen und solidarischen Gesellschaft Zukunft gegeben werden.

Wichtige Ergänzungen aus Sicht des VdK NRW

1. Finanzierung der Integration von Flüchtlingen

Die Integration der Menschen, die aus Kriegs- und Krisengebieten zu uns geflüchtet sind, kostet Geld. Aus Sicht des VdK NRW ist es für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft und für den Erhalt der bisher großen Solidarität der ansässigen Bevölkerung unabdingbar, Transparenz über die Ressourcenverteilung - finanzieller und personeller Art - herzustellen.

Keinesfalls darf die Integration der Flüchtlinge zu Lasten derjenigen gehen, die bereits im Abseits unserer Gesellschaft stehen. Gelder, die für die Bereiche Inklusion von Menschen mit Behinderung und Barrierefreiheit, Seniorenpolitik, die Integration von Langzeitarbeitslosen, die Verbesserung des Pflege- und Gesundheitswesens oder die Armutsprävention und -bekämpfung vorgesehen sind, dürfen nicht gekürzt, verzögert oder zweckentfremdet ausgegeben werden.

Vielmehr müssen gerade diese Bereiche finanziell und personell aufgestockt werden, da sich die Integration der Flüchtlinge genau in diesen Politikfeldern abspielt. Der VdK NRW schlägt daher vor, dass sich die Landesregierung auf Bundesebene dafür einsetzt, dass etwa über die Erhöhung der Erbschaftssteuer oder die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Ressourcen in Milliardenhöhe für die Integration der Flüchtlinge geschaffen werden. **Gelingt Integration langfristig, werden die Menschen, die zu uns gekommen sind, durch Konsum und die Zahlung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen selber zum Wohlstand unseres Landes beitragen.** Zudem schafft die Investition in Integration neue Arbeitsplätze in verschiedenen Bereichen wie im Bildungs-, Gesundheits- und Bausektor. Von jedem investierten Euro fließt also ein guter Anteil in Form von Steuern und Abgaben wieder zurück.

2. Gesundheitsversorgung: Hohe Standards zur Vermeidung von Folgekosten

Der VdK NRW begrüßt, dass das Land NRW Wert auf eine gute gesundheitliche Erstversorgung der Flüchtlinge legt. Gerade Flüchtlingen mit Bleibeperspektive muss aber schon jetzt eine *langfristige* Gesundheitsversorgung zugänglich gemacht werden.

Denn Flüchtlingen mit unbehandelten körperlichen oder seelischen Erkrankungen wird eine gute Integration in unsere Gesellschaft kaum gelingen. **Der Entwicklung von chronischen Erkrankungen mit hohen Folgekosten muss frühzeitig entgegengewirkt werden.** Die Versorgung mit Hilfsmitteln und Medikamenten muss durch Ärzte entschieden und veranlasst werden. Dabei müssen die Betroffenen ausreichend informiert, unterstützt und begleitet werden. Es geschieht immer wieder, dass bestehende Gesundheitsleistungsansprüche durch die Sozialbehörde verweigert oder massiv verzögert werden, wodurch langfristig gesundheitliche Einschränkungen entstehen können.

Die Gesundheitsversorgung sollte in koordinierter Form in den Einrichtungen oder in niedergelassenen Hausarztpraxen stattfinden. Insbesondere in strukturschwachen ländlichen Regionen muss der Zugang zur medizinischen Versorgung sichergestellt sein. Dafür ist eine gute Kommunikation und Kooperation zwischen den unterschiedlichen Einrichtungen und Institutionen notwendig. Eine Gesundheitsakte, in der Flüchtlinge alle relevanten Gesundheitsinformationen aufbewahren, kann die Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Einrichtungen erleichtern. **Ausdrücklich befürworten wir die Einführung einer flächendeckenden elektronischen Gesundheitskarte in NRW und appellieren an die Verantwortlichen, auch in den Kommunen, dieser Initiative flächendeckend zum Erfolg zu verhelfen.** Die von der FDP-Fraktion vorgeschlagenen Nachverhandlungen mit den Krankenkassen, um ähnlich günstige Verwaltungskostenpauschalen wie in anderen Bundesländern zu erreichen, hält der VdK NRW für sinnvoll. Medizinische Maßnahmen wie etwa Röntgenaufnahmen, die potenziell schädlich für den Körper sind, sollten aus Sicht des VdK NRW jedoch nicht routinemäßig angewandt werden und müssen im Einzelfall gut begründet sein.

Menschen, die aus ihren Herkunftsländern geflüchtet sind, sind oft nicht mit dem hiesigen Gesundheitssystem vertraut. Eine stärkere Aufklärung über das Gesundheitssystem ist notwendig. Dafür sollten bestehende Konzepte systematisch aufbereitet, evaluiert und zugänglich gemacht und neue Konzepte entwickelt werden. In diesem Kontext sind auch Gesundheitsapps speziell für Flüchtlinge denkbar. **Wichtig sind auch Hygienestandards in den Flüchtlingsunterkünften, die dringend eingehalten und verbessert werden müssen.** Zudem raten wir landesweite Empfehlungen und Hinweise zur Infektionsprävention für ehrenamtliche Helferinnen und Helfer zum Umgang mit Flüchtlingen in Notunterkünften zu entwickeln.

Eines der größten Gesundheitsprobleme bei Flüchtlingen sind posttraumatische Belastungsstörungen (PTBS), von denen rund 40 Prozent betroffen sind. Der VdK NRW unterstützt ausdrücklich den Vorschlag der FDP-Fraktion, die psychotherapeutische Versorgung von Flüchtlingen zu verbessern und Engpässen bei der Behandlung von PTBS vorzubeugen. Neben Medikamenten ist eine Psychotherapie fast immer notwendig, um Langzeitfolgen zu verhindern. Einen schnellen Zugang zu einer kultursensiblen Therapie erhalten bisher scheinbar nur wenige Flüchtlinge. Hier ist eine gezielte Evaluation bestehender Angebotsstrukturen in NRW notwendig. Ob ein Flüchtling eine Psychotherapie benötigt, muss allerdings von unabhängigen und qualifizierten Gutachtern geprüft werden. Bisher fällen solche Entscheidungen viel zu häufig Sachbearbeiter in den Sozialbehörden oder fachfremde Gutachter. **Falls eine Psychotherapie indiziert ist, muss der Einsatz von Dolmetschern gewährleistet und finanziert werden.** Unterstützung dabei kann zum Beispiel eine Koordinierungsstelle für psychotherapeutische Behandlungen leisten, die landesweit Dolmetscher vermittelt. Zusätzlich müssen die in NRW ansässigen psychosozialen Zentren weiter gestärkt werden, denn regelmäßig übersteigt die Nachfrage nach Beratung und Psychotherapie die vorhandenen Kapazitäten, so dass Betroffene auf Wartelisten landen oder abgewiesen werden müssen. **Auch kommunale Pflege- und Gesundheitskonferenzen können einen wichtigen Beitrag zur Ausgestaltung der Versorgung vor Ort leisten.**

Ein besonderes Augenmerk sollte Frauen gelten, deren Biografien und Fluchterfahrungen oft mit Mehrfachtraumatisierungen einhergehen. Dabei ist Sensibilität im Hinblick auf die Unterbringung in Erstaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünften sehr wichtig, um weiteren sexualisierten Übergriffen vorzubeugen. Das gilt insbesondere auch für Kinder, junge Heranwachsende und unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.

Der VdK NRW möchte zudem darauf hinweisen, dass im Bereich der PTBS Ehrenamtliche schnell an ihre Grenzen stoßen. Um auf Erfahrungen, die Flüchtlinge aus Kriegsgebieten gemacht haben, professionell zu reagieren, braucht es gut geschultes Ehrenamt. **Land und Kommunen stehen hier in der Verantwortung, ehrenamtliche Helfer vor Überforderung zu schützen.** Grundsätzlich müssen bei der Gesundheits- und Pflegeversorgung kulturelle Eigenheiten und Anforderungen berücksichtigt werden. Hierzu zählt insbesondere das Bewusstsein des Ärzte-, Beratungs- und Pflegepersonals zum kulturspezifischen Umgang mit Blick auf Geschlecht, Sexualität, Tabuthemen und Ernährungsgewohnheiten. Der Sozialverband VdK NRW fordert hier dringend eine stärkere Schulung und Weiterbildung des Fachpersonals.

3. Flüchtlinge mit Behinderung & chronisch kranke Flüchtlinge: Inklusion gilt auch für Flüchtlinge

Deutschland hat bereits 2009 die UN-Behindertenrechtskonvention unterzeichnet und sich damit verpflichtet, Menschen mit Behinderung Schutz zu bieten, sie vor Diskriminierung zu schützen und Chancengleichheit herzustellen. **Bisher werden die besonderen Bedarfe und Probleme von Flüchtlingen mit Behinderung in den Flüchtlingsunterkünften kaum gesondert beachtet und es mangelt an einer validen Datengrundlage. Hier hoffen wir auf eine bessere strukturierte Bedarfserhebung.**

Eine gesundheitliche Minimalversorgung für Menschen mit Behinderung sieht der Sozialverband VdK NRW besonders kritisch. Besondere gesundheitliche Förderung, Reha-Maßnahmen und die Versorgung mit notwendigen Hilfsmitteln müssen unbürokratisch und schnell umgesetzt werden. Neben der guten und angemessenen Versorgung der Patienten geht es auch hier wieder darum, kostspielige Folgeerscheinungen durch Prävention und gute Unterstützung zu vermeiden. In diesem Kontext sind auch der Bedarf, die Bereitstellung und die Beratung über entsprechende Hilfsmittel und Medikamente ein nicht zu vernachlässigendes Thema. Auch hier existiert keine ausreichende Datengrundlage.

Flüchtlinge mit Behinderung müssen zudem in ihrer Muttersprache über ihre besonderen Rechte aufgeklärt werden und eine behinderungsspezifische Beratung bekommen. Ebenso wichtig ist das Vorhandensein von Ansprechpartnern zum Beispiel im Falle von Diskriminierung. Der VdK NRW regt außerdem mittelfristig eine Zusammenarbeit der Integrationszentren und der Integrationsämter an, um behinderten Flüchtlingen mit Bleibeperspektive die Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Vor dem Hintergrund, dass gelingende Integration ein langer Prozess ist, sollte zukünftig ein Auf- und Ausbau von örtlichen Selbsthilfeangeboten für Flüchtlinge mit Behinderungen und/oder chronischen Erkrankungen erfolgen. Als Vorbild kann hier z. B. der landesweite Ausbau von Selbsthilfeangeboten in der Pflege dienen.

4. Bildung und Ausbildung: Inklusion und Integration nicht gegeneinander ausspielen

Die Teilnahme am Schulunterricht ist für Flüchtlingskinder und jugendliche Flüchtlinge zweifellos der schnellste Einstieg in unsere Gesellschaft. **In der Schule und in Kontakt mit anderen Kindern lernen die jungen Flüchtlinge nicht nur die deutsche Sprache. Vermittelt werden auch grundlegende Werte und Verhaltensregeln unserer Gesellschaft.** Nicht zuletzt ist für eine langfristige Integration und den Übergang von Ausbildung in den Beruf der direkte Anschluss an Bildung und Ausbildung wichtig.

Die Forderung der Landtagsfraktionen, Willkommensklassen einzurichten und zusätzliches Lehrpersonal und Sonderpädagogen einzustellen, begrüßt der VdK NRW. Der VdK NRW unterstützt zudem ausdrücklich den Vorschlag der CDU-Fraktion, außerhalb der Antragsfristen zeitnah ausreichend Plätze in Kindertageseinrichtungen (KITAS) für Flüchtlingskinder einzurichten. Das stellt die KITAS vor doppelte Herausforderungen. Zum einem werden kleine Gruppen gerade im Sinne der Inklusion befürwortet, zum anderen werden sich die Gruppen aber automatisch durch die Aufnahme von Flüchtlingskindern vergrößern. Mit guten Konzepten und gemeinsamen Anstrengungen kann hier aber langfristig Integration und Inklusion gelingen.

Vor dem Hintergrund der Flüchtlingsintegration darf aber nicht vergessen werden, dass Kinder mit Behinderung seit 2014 einen Rechtsanspruch haben, Regelschulen zu besuchen. Die Zahl der Inklusionsklassen in NRW steigt seither. Eine Evaluation der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Ende letzten Jahres hat gezeigt, dass Inklusionsschulen grundsätzlich von Schülern, Eltern und Lehrern als sinnvoll erachtet werden, sich die Umsetzung aber bisher noch als schwierig erweist. Erkannt wurde, dass Inklusionsschulen unter anderem deutlich mehr Lehrpersonal, deutlich mehr Sonderpädagogische Fachkräfte, kleinere Klassen und bessere Fortbildungsangebote für die Angestellten benötigen. Seit letztem Jahr werden nun vermehrt auch Willkommensklassen für Flüchtlinge eingerichtet und Flüchtlinge auf die unterschiedlichen Regelschulklassen verteilt.

Der VdK NRW fordert an dieser Stelle, dass sich Inklusion und Integration gegenseitig nicht ausschließen und benachteiligte Schüler um knappe Ressourcen konkurrieren müssen. Sowohl für die Ausbildung von Schülern mit Behinderung als auch für Flüchtlingskinder müssen zusätzliche Kapazitäten und Ressourcen geschaffen werden. Einige Elemente der schulischen Inklusion, wie etwa leichte Sprache, angepasstes Schulmaterial und besondere Fördermaßnahmen können außerdem Flüchtlingskindern ebenso zu Gute kommen wie Kindern mit Behinderung. Der VdK NRW fordert grundsätzlich, dass für beide Bereiche - Inklusion und Integration -mehr personelle Stellen und Finanzierungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Daneben plädieren wir für die Schaffung weiterer Lernräume in den Kommunen und die stärkere Einbindung von Volkshochschulen sowie Berufs- und Weiterbildungskollegs. Regional gibt es eine Vielzahl von Kompetenzen im Bereich Aus- und Weiterbildung. Diese gilt es zu bündeln und neue Konzepte für Flüchtlinge zu schaffen. In diesem Kontext könnten z.B. die Integrationsräte in den Stadträten ein Bindeglied sein und vermittelnde Funktionen übernehmen. Denkbar wäre auch ein soziales Jahr für Flüchtlinge im Gesundheits- oder Pflegebereich In Anlehnung an den früheren Zivildienst. Grundsätzlich müssen sich die Kommunen diesen Aufgaben im Praktischen stellen, aber insbesondere Land und Bund müssen die Städte und Gemeinden mit ausreichenden Mitteln ausstatten.

5. Arbeitsmarkt: Armut und Segregation durch Arbeit verhindern

Für erwachsene Flüchtlinge ist die Integration in den Arbeitsmarkt die beste Möglichkeit, um sich schnell in unsere Gesellschaft einzuleben und sich selber als vollwertiges und akzeptiertes Mitglied in der neuen Heimat wahrzunehmen. **Perspektivlosigkeit und daraus folgenden Problemen wie Armut, Segregation und Kriminalität kann so am besten vorgebeugt werden.** An dieser Stelle möchte der VdK NRW außerdem darauf aufmerksam machen, dass zu einer gelungenen Integration der Erwerb von Rentenansprüchen gehört, und zwar in solch einem Umfang, dass spätere Altersarmut vermieden wird. Wichtig ist es daher, Flüchtlingen nicht nur Zutritt zum Niedriglohnssektor zu ermöglichen oder "lebenslange Praktika" zu fördern. Ein-Euro-Jobs für Flüchtlinge als „Sprungbrett“ in den Arbeitsmarkt lehnen wir ab, denn diese haben schon im Rahmen des SGB II gezeigt, dass sie keine wirkliche Brücke in den ersten Arbeitsmarkt sind.

Damit die Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt Erfolg zeigt, ist es aus Sicht des VdK NRW notwendig, dass Flüchtlinge mit Bleibeperspektive feste Ansprechpartner in den Jobcentern bekommen, dass sie an Sprach- und Integrationskursen teilnehmen können und Qualifizierungsmaßnahmen erhalten. **Jobcenter und Integrationszentren müssen Hand in Hand arbeiten. Eine gute Unterstützung ist hier aus Sicht des VdK NRW zielführender als verpflichtende Maßnahmen und verbindliche Integrationsvereinbarungen, die ihre Wirkungslosigkeit bereits bei Hartz IV-Beziehern offenbart haben.** Die meisten Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, sind hoch motiviert und wollen ihren eigenen Lebensunterhalt verdienen. Diesen Ehrgeiz gilt es zu fördern und nicht durch bürokratische und langwierige Verfahren zu bremsen. Nordrhein-Westfalen sucht zudem Fachkräfte und motivierte Auszubildende. **Flüchtlinge, die bleiben, sind eine Chance für unser Bundesland.** Werden diese Menschen in Arbeit gebracht, profitiert die öffentliche Hand durch Steuern und die Wirtschaft durch eine gestärkte Nachfrage.

Der Sozialverband VdK NRW unterstützt daher die Initiative von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, durch Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) die Integration von Flüchtlingen in den ersten Arbeitsmarkt zu fördern. Gefördert werden kann die Beschäftigung von Flüchtlingen hier insbesondere durch eine vereinfachte Anerkennung von Berufsabschlüssen. **Wichtig ist zudem, dass auch für Flüchtlinge der Mindestlohn gilt - nur so kann Armut langfristig verhindert und Sozialdumping unterbunden werden.**

Auch den Ausbau des öffentlich geförderten Arbeitsmarktes für Flüchtlinge unterstützt der Sozialverband VdK NRW ausdrücklich. An dieser Stelle sei jedoch deutlich darauf hingewiesen, dass zwischen Langzeitarbeitslosen und Flüchtlingen kein Konkurrenzverhältnis entstehen darf.

Auch hier gilt wieder der Grundsatz: Mittel müssen aufgestockt, und dürfen nicht zwischen zwei benachteiligten Gruppen aufgeteilt werden. Zuletzt möchte der Sozialverband VdK NRW darauf hinweisen, dass im Pflegebereich Personal mit Fremdsprachenkenntnissen in Zukunft stark nachgefragt werden wird. Die erste Generation von Menschen mit Migrationshintergrund kommt oder ist bereits in einem Alter, in dem die Pflegebedürftigkeit stark zunimmt. Flüchtlinge mit beispielsweise arabischen (und türkischen) Sprachkenntnissen könnten insbesondere für Ausbildungsberufe im Pflege- und Gesundheitsbereich motiviert und begeistert werden.

6. Wohnungsbau: Hohe Standards für nachhaltiges und zukunftsorientiertes Wohnen

Der Sozialverband VdK NRW warnt eindringlich davor, Standards im Wohnungsbau abzusenken oder angedachte Verbesserungen in der Bauordnung NRW (BauO NRW) - etwa in Hinsicht auf Barrierefreiheit - nicht umzusetzen.

Dem VdK NRW ist bewusst, dass sich die Wohnungssituation gerade in Großstädten zuspitzt. Mietpreise explodieren gerade in Studentenstädten regelrecht, auch für qualitativ minderwertigen Wohnraum muss tief ins Portemonnaie gegriffen werden. Das ist vielen Menschen in unserem Bundesland und vor allem auch Flüchtlingen jedoch nicht möglich. Doch hier mit vermeintlich schnellen und einfachen Lösungen zu reagieren und Wohneinheiten mit geringem Baustandard zu schaffen, ist kurzfristig gedacht und schafft neue und teure Probleme in der Zukunft, die heute vermieden werden können.

Einige Bundesländer haben bereits die Standards für Barrierefreiheit gesenkt, unter anderem Baden-Württemberg und Niedersachsen. Das ist der falsche Weg. Denn auch wenn die durchschnittliche Alterung unserer Gesellschaft durch den Zuzug von meist jungen Flüchtlingen gebremst wird, steigt die Lebenserwartung der Menschen in NRW weiterhin an. **Schon heute fehlen mehr als 538.000 barrierearme Wohnungen in NRW für Menschen mit Behinderung und ältere Menschen.** Gerade letztere müssen gegen ihren Willen aufgrund von Mobilitäts Einschränkungen oft in stationäre Pflegeeinrichtungen umziehen, da Pflege in der eigenen Häuslichkeit aufgrund der baulichen Situation nicht möglich ist. Jeder stationäre Pflegeplatz kostet die Kommunen in der Regel einfach mehr als die ambulante Pflege daheim.

Die Kosten-Nutzen-Rechnung für billigen und schnellen Wohnraum mit niedrigen Standards geht daher langfristig nicht auf. Und auch die heute jungen Flüchtlinge werden in fünfzig Jahren auf barrierearmen Wohnraum angewiesen sein. Barrierearmer Neubau kostet im Durchschnitt nur drei Prozent mehr als herkömmliches Bauen. Im Sinne der Zukunftsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden muss daher an dem von der Landesregierung NRW ausgegebenen Ziel von mehr barrierefreiem Wohnraum festgehalten werden.

Der Sozialverband VdK NRW weist zudem darauf hin, dass Wohnungen für Flüchtlinge dezentral über die Stadt verteilt werden sollten, um Segregation und "Ghettobildung" zu vermeiden. Neubauviertel sollten so geplant werden, dass sie durchmischt und für Menschen aller Gesellschaftsgruppen attraktiv sind. Das Wohnumfeld bestimmt Integration, Bildungs- und Arbeitsplatzchancen maßgeblich mit. In diesem Kontext sind in jedem Fall soziale Aspekte des Quartiersgedanken zu berücksichtigen. Quartiersansätze sind vor dem Hintergrund des Flüchtlingszustroms konzeptionell zu überarbeiten und weiterzuentwickeln.

Der VdK NRW fordert Bund und Land dazu auf, Förderprogramme für bezahlbaren und barrierearmen Wohnraum noch stärker als bisher auszuweiten. Die Kommunen stehen aus Sicht des VdK NRW in der Pflicht, verstärkt kommunale Wohnungsbaugesellschaften einzurichten und Wohnraumberatung gleichermaßen für Senioren, Menschen mit Behinderung, Arbeitslose und Flüchtlinge anzubieten.

7. Rechtsextremismus und politische Bildung: Transparenz herstellen und Respekt und Demokratieverständnis fördern und fordern

Die Ankunft von mehr als 200.000 Flüchtlingen in NRW und die Integration derjenigen mit Bleibeperspektive stellt nicht nur die Verwaltungen von Land und Kommunen vor große Herausforderungen, sondern ist auch eine Bewährungsprobe unserer freiheitlichen und solidarischen Wertvorstellungen.

Auf der einen Seite müssen die bleibenden Flüchtlinge unser rechtsstaatliches System kennen, verstehen und akzeptieren lernen. **Der Sozialverband VdK NRW unterstützt daher die Initiativen, politische und gesellschaftliche Bildung für Flüchtlinge auszubauen und Werte und Normen stärker zu vermitteln.** Insbesondere das Rollenverständnis von Mann und Frau muss den Menschen aus anderen Kulturkreisen unmissverständlich klar gemacht werden, an dieser Stelle darf kein Interpretationsspielraum bleiben. Gleiches muss auch für den offenen Umgang mit Menschen mit Behinderung und deren Gleichberechtigung sowie für die Akzeptanz von Menschen mit unterschiedlicher sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität in unserer Gesellschaft gelten.

Ausdrücklich unterstützt der VdK NRW den Vorschlag der CDU-Fraktion, bereits hier lebende Flüchtlinge und geeignete Organisationen der Einwanderer-Community stärker in den Integrationsprozess einzubinden.

Auf der anderen Seite müssen vermehrt Angebote der politischen Bildung und Demokratieförderung für die bereits in NRW lebenden Menschen angeboten werden. Nur so kann Unverständnis und Fremdenfeindlichkeit vorgebeugt werden. In den Blick müssen dabei *alle* Gesellschaftsgruppen genommen werden, insbesondere aber Menschen, die sozial schlechter gestellt sind. Aufgabe von Land und Kommunen ist es, Verständnis und Akzeptanz für unsere neuen Mitbürger herzustellen, bzw. zu verfestigen. In diesem Sinne befürworten wir die Forderungen der PIRATEN-Fraktion, die Landeszentrale für politische Bildung sowie zivilgesellschaftliche Organisationen zu stärken.

Der VdK NRW ist des Weiteren davon überzeugt, dass der direkte Kontakt zwischen Flüchtlingen und einheimischen Bürgern unabdingbar ist, um Vorurteile und Ängste abzubauen. **Begegnungsmöglichkeiten sollten daher gefördert und Segregation, gerade im Hinblick auf das Wohnumfeld, vermieden werden.**

8. Neue Konzepte für Bürgerengagement

Der VdK NRW unterstützt das vielfältige ehrenamtliche Engagement in den Kommunen. Ohne das schnelle Handeln vor Ort hätte die Aufnahme der großen Zahl an Flüchtlingen im letzten Jahr nicht bewältigt werden können. Auch erkennt der VdK NRW an, dass die Landesregierung bemüht ist, die Ehrenamtlichen bestmöglich zu unterstützen. Das Internetportal www.ich-helfe.nrw ist dabei ein wichtiger Baustein, um "Angebot und Nachfrage" im Bereich der Flüchtlingshilfe zu koordinieren. Wichtig ist jedoch, dass Koordinierungsstellen auf Landesebene und in den Kommunen langfristig mit ausreichend finanziellen Ressourcen und hauptamtlichen Mitarbeitenden ausgestattet werden. Zudem sollten Ehrenamtliche vor Ort die Möglichkeit bekommen, sich in den Bereichen Asylrecht und interkulturelle Kompetenz kostenlos fortzubilden. Auch regelmäßige Angebote zur Supervision sollte den Ehrenamtlichen zugänglich gemacht werden, die mit traumatischen Erlebnissen und traurigen Einzelschicksalen der Flüchtlinge konfrontiert werden. Das Land NRW muss die Kommunen und örtlichen Träger hier besser unterstützen.

Abschließende Zusammenfassung

Der VdK NRW begrüßt es sehr, dass sich die Parteien des Landtags NRW gemeinsam der Frage der Integration der Flüchtlinge stellen. Heute haben wir die Möglichkeit, die Weichen der Politik so zu stellen, dass unser Bundesland langfristig von der Zuwanderung der Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten profitiert. Den geflüchteten Menschen können wir eine neue Heimat, echte Perspektiven und Teilhabe und Partizipation ermöglichen.

Für eine gelingende Integration sollten aus Sicht des VdK NRW insbesondere drei Aspekte in einem zukünftigen Integrationsplan noch deutlicher hervorgehoben werden:

- Auch wenn eine übergeordnete Strategie zur Integration der Flüchtlinge wichtig ist, darf das einzelne Individuum nicht aus dem Fokus geraten. Die Flüchtlinge sind keine homogene Gruppe, sondern haben unterschiedliche Bedürfnisse, Hintergründe und Ausgangslagen. Insbesondere für Kinder, unbegleitete Minderjährige, Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen, Schwangere, Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern und Personen, die Folter, Vergewaltigung, oder sonstige schwere Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt erlitten haben, müssen spezifische Integrationsstrategien gefunden werden.
- Klar ist, dass heute gehandelt und schnell reagiert werden muss. Dennoch warnt der VdK NRW davor, langfristig unabdingbare Standards, gerade hinsichtlich des barrierefreien Bauens, auszusetzen. Von Jahr zu Jahr wird mehr barrierefreier Wohnraum nachgefragt, langfristig spart dessen Umsetzung den Kommunen hohe Kosten im Pflegebereich. Land und Kommunen müssen günstigen Wohnraum schaffen - aber nicht auf Kosten für die Gesellschaft notwendiger Standards.
- Integration ist nicht zum Nulltarif zu haben. Der aus Sicht des VdK NRW wichtigste Punkt ist daher, deutlich und transparent zu zeigen, dass die Finanzierung der Flüchtlingsintegration nicht zu Lasten *derjenigen* geht, die sozial bereits schlechter gestellt sind. Und wir dürfen soziale Investitionen in die Zukunft nicht aus dem Blick lassen. Für nachhaltiges Wachstum brauchen wir öffentliche Investitionen in den Bereichen Forschung, Bildung, Ausbildung, Gesundheit sowie Infrastruktur. Im Sinne aller Menschen in NRW muss weiteren neoliberalistischen Tendenzen den Sozialstaat schlanker zu gestalten, soziale Risiken wie Arbeitslosigkeit, Pflege und Gesundheit immer weiter zu privatisieren, eine klare Absage erteilt werden. Fördermittel müssen auf neuen Wegen akquiriert werden, sei es über die Erhöhung der Erbschaftssteuer oder andere steuerliche Maßnahmen. Denn nur wenn sozial schlechter gestellte Gruppen nicht gegeneinander ausgespielt werden, kann ein Rechtsrutsch und der Zerfall unserer Gesellschaft verhindert werden.
- Zuletzt möchte der VdK NRW darauf hinweisen, dass neben einer gelingenden Integrationsstrategie auch Strategien zur Bekämpfung der Fluchtursachen und der Krisenherde in den Herkunftsländern der Flüchtlinge unabdingbar sind. Die Landesregierung NRW wird daher gebeten, sich auf Bundesebene und Europäischer Ebene für direkte und effiziente Hilfen in den Transit- und Herkunftsländern stark zu machen.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wurde auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichwohl für beiderlei Geschlecht.